

### Postulat zur Familienunterstützung

Gestützt auf Artikel 44 der Geschäftsordnung des Landtags vom 19. Dezember 2012, Landesgesetzblatt 2013 Nr. 9, reichen die unterzeichneten Abgeordneten vorliegendes Postulat ein und stellen den Antrag, der Landtag wolle beschliessen:

**Die Regierung wird eingeladen, die Kosten einer Finanzierung von LieMobil-Abos für Schüler über 6 Jahre, Lehrlinge und Jugendliche in Ausbildung bis zum Alter 25, abzüglich der bereits durch Staat und Schulamt gedeckten Kosten, zu ermitteln. Dabei soll auch ermittelt werden, welcher Einnahmehausfall für die LieMobil resp. welche Minderbelastung der Eltern resultiert, wenn die Abos in Zukunft wieder kostenfrei sind. Im Weiteren soll geprüft werden, ob die Finanzierung der Abos aus der Familienausgleichskasse (FAK) EWR-rechtlich zulässig wäre.**

**Begründung:** Aufgrund der Tarifierhöhung der LieMobil per 1. Juli 2013 und der Auswirkungen der Sparpakete I bis III beschränkte die LieMobil die Gültigkeit der Schülerabos auf den Hin- und Rücktransport der Schüler während der Schulzeiten. Für die Nutzung des Schülerabos als LieMobil-Jahresabo muss seitdem von den Eltern jeweils zu Semesterbeginn ein Aufpreis von 80 Franken bezahlt werden.

Für die Sanierung des Staatshaushaltes wurden auch die Familien einbezogen und belastet, u.a. damit, dass Busfahren für in Ausbildung stehende Jugendliche nicht mehr kostenfrei ist. Der Staatshaushalt ist nach Ansicht der Regierung saniert. Infolgedessen ist der Staat auf die Einnahmen aus der Reduktion dieser Familienbeiträge nicht mehr angewiesen. Es ist deshalb angezeigt, Familien mit Kindern in Ausbildung wieder zu entlasten. Teil des Postulates ist abzuklären, ob der Ausgleich der fehlenden Elternbeiträge und die Mehrkosten aus der Erweiterung bis zum Alter 25 aus den Reserven der FAK ganz oder teilweise an die LieMobil geleistet werden könnten. Die Möglichkeit und Motivation der Busbenützung ist gesellschaftsverändernd. Jugendliche von heute sind möglicherweise bleibende Fahrgäste der Zukunft. Die Förderung der Benützung des öffentlichen Verkehrs hat damit auch einen formenden Effekt für unsere Jugend.

Die Wirtschaft wünscht sich gut ausgebildeten Nachwuchs. Für die Bewältigung der immer komplexeren Abläufe ist eine gute Ausbildung Bedingung, um in Zukunft überhaupt noch konkurrenzfähig zu sein, und somit von existenzieller Bedeutung für die Zukunft unseres Landes. Trotz bestehender Unterstützung seitens des Staates für die Ausbildung müssen die Eltern die Jugendlichen in Ausbildung oft bis zum 25. Lebensjahr und länger kräftig unterstützen, derweil sie selbst schon für Ihre Altersvorsorge etwas ansparen sollten. In der Schweiz werden Jugendliche in Ausbildung mit einer Ausbildungszulage von CHF 250 bis CHF 500 pro Monat bis zum fünfundzwanzigsten vollendeten Altersjahr unterstützt (also jährlich mit CHF 3000 bis CHF 6000). In Liechtenstein gibt es diese Unterstützung nicht, obwohl das Einkommen und die Lebenskosten mit der Schweiz vergleichbar sind. Eine Unterstützung mit einem Jahresabo der LieMobil ist zwar im Vergleich zu den Ausbildungszulagen der Schweiz nicht viel, aber bei den Familien, bei denen jeder Rappen zählt, trotzdem eine Erleichterung.

Die FAK-Beiträge werden von den Firmen für eine finanzielle Unterstützung der Familien einbezahlt. Die Firmen möchten sicherlich nicht, dass mit ihren Beiträgen Vermögensverwalter beschäftigt werden, sondern dass diese Gelder zeitnah in effizienter Art und Weise den Familien zugutekommen. Eine Mitfinanzierung von LieMobil-Abos für Schüler und Jugendliche in Ausbildung wäre in erster Linie ein Beitrag für die Familien, gleichzeitig als Nebeneffekt auch ein Beitrag zur Förderung des öffentlichen Verkehrs, was vorteilhaft für viele Betriebe ist. Die Regierung möge eine Stellungnahme bei der GWK und der LIHK zu diesem Postulat einholen und der Beantwortung anfügen.

Grundsätzlich sollen ausschliesslich Abos der LieMobil für Schüler, Lehrlinge und Jugendliche in Ausbildung von Familien in Liechtenstein finanziert werden. Sollte jedoch in der Diskussion im Landtag mehrfach der Wunsch geäussert werden, auch Jugendliche aus der Grenzregion, die in Liechtenstein eine Ausbildung absolvieren, mit einzubeziehen, ist die Regierung gebeten, hierzu in der Beantwortung die Kosten separat darzulegen. Dabei sei vorausgesetzt, dass nur Fahrten auf dem Liniennetz der LieMobil vergütet werden können. In diesem Fall müsste abgeklärt werden, ob die benachbarten Grenzregionen als Gegenleistung bereit wären, im selben Masse Jugendliche aus Liechtenstein in Ihrem Land zu begünstigen.

Der LieMobil entstehen nach Ansicht der Postulanten durch den grösseren Kreis von Inhabern von Gratis-Jahresabos keine oder höchstens geringe Mehrkosten, da die Belegung der Busse sich nicht wesentlich ändern würde und keine Erweiterung des Kursangebotes erfordert. Die LieMobil-Busse müssen die Streckenkurse abfahren unabhängig von der Anzahl der Fahrgäste. Allerdings würden der von den Eltern bisher bezahlte Aufpreis von 80 Franken und die von der „Jugend in Ausbildung“ bezahlten Fahrpreise wegfallen und müssten durch den Staat oder gegebenenfalls die FAK ausgeglichen werden. Die zusätzlichen Kosten für den Staat und/oder die FAK dürften sich Grenzen halten, was durch die Regierung im Rahmen der Postulatsbeantwortung genauer abzuklären wäre.

Wenn die FAK die Mindereinnahmen der LieMobil ausgleichen würde, wäre das Staatsbudget überhaupt nicht tangiert. Nach Auffassung der Postulanten sollte die FAK jedoch lediglich die Mindereinnahmen und nur die effektiven Mehrkosten der LieMobil übernehmen, welche durch die Gratis-Abos entstehen. Die bislang durch Staat und Schulamt gedeckten Kosten sollen weiterhin von diesen getragen werden. Das heisst, die Finanzierung der LieMobil, incl. die Defizitübernahme für diese im Postulat erwähnten Erweiterungen durch den Staat, soll im Übrigen im bisherigen Rahmen erhalten bleiben.

In den letzten Jahrzehnten ist die Wirtschaft um vieles stärker gewachsen als die Bevölkerung. Das hohe Wirtschaftswachstum ist natürlich sehr erfreulich. Hingegen senkte sich die Geburtenrate seit Ende der 60-iger Jahre stetig auf das heutige tiefe Niveau ab. Seit langem kann der Bedarf an jungen Fachkräften nicht mehr aus der einheimischen Bevölkerung rekrutiert werden. Rund 70,3% der Arbeitsplätze<sup>1</sup> sind deswegen notgedrungen durch ausländische Arbeitnehmer besetzt. 85% der von 2000 bis 2016 neu geschaffenen Arbeitsplätze mussten mit Grenzgängern besetzt werden<sup>2</sup>. Im Jahr 2014 floss eine

---

<sup>1</sup> Amt für Statistik li, Beschäftigungstatistik 2016, Seite 14

<sup>2</sup> Stiftung Zukunft.li, Fit für die Zukunft, Seite 10

Lohnsumme von 1,5 Mrd<sup>3</sup> für Grenzgänger ins Ausland ab. Seit Jahrzehnten vermag die tiefe Geburtenrate, die zwischen 1.4 und 1.6 pendelt, nicht einmal die nächste Generation zu ersetzen. Um ein Elternpaar in der nächsten Generation zu ersetzen, müsste die Geburtenrate 2.1 betragen. Wir entwickeln uns rückwärts! Die Bevölkerung überaltert und die zukünftige Finanzierbarkeit der Sozialversicherungen, der Renten und Pflegeleistungen verdienender Mitbürger wird immer schwieriger. Die Leistungen einer Familie für die Gesellschaft lassen sich finanziell nicht wirklich abgelden. Dessen ungeachtet kann die Allgemeinheit mit der Finanzierung von Gratis-Abos für alle, die sich in Ausbildung befinden, ihre Wertschätzung für unsere Familien ausdrücken.

Ein Ja für unsere Familien ist die Absicherung unserer Zukunft.

Die Postulanten

Herbert Elkuch,

Erich Hasler,

Thomas Rehak

Vaduz, 13. März 2018

---

<sup>3</sup> HTW Chur; Bedeutung der Personenfreizügigkeit für die Region Liechtenstein, St. Galler Rheintal und Vorarlberg, Seite 18